

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 23241
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptvertriebsstelle:
Dresden - N. L., Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. Mai 1929 bei halbjährlicher Zahlung frei Haus 1,70 RM.
Vollbezugspreis für Monat März 5,40 RM. einchl. 20 Pfg. Postgebühr (ohne Wohnortzuschlag).
Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Zeilen werden nach
Wohndienst berechnet: die erste Zeile 30 Pfg., die zweite bis 20 Pfg., die dritte bis 15 Pfg., die vierte bis 10 Pfg., die fünfte bis 5 Pfg., die sechste bis 3 Pfg., die siebte bis 2 Pfg., die achte bis 1 Pfg., die neunte bis 1 Pfg., die zehnte bis 1 Pfg., die elfte bis 1 Pfg., die zwölfte bis 1 Pfg., die dreizehnte bis 1 Pfg., die vierzehnte bis 1 Pfg., die fünfzehnte bis 1 Pfg., die sechzehnte bis 1 Pfg., die siebzehnte bis 1 Pfg., die achtzehnte bis 1 Pfg., die neunzehnte bis 1 Pfg., die zwanzigste bis 1 Pfg., die einundzwanzigste bis 1 Pfg., die zweiundzwanzigste bis 1 Pfg., die dreiundzwanzigste bis 1 Pfg., die vierundzwanzigste bis 1 Pfg., die fünfundzwanzigste bis 1 Pfg., die sechsundzwanzigste bis 1 Pfg., die siebenundzwanzigste bis 1 Pfg., die achtundzwanzigste bis 1 Pfg., die neunundzwanzigste bis 1 Pfg., die dreißigste bis 1 Pfg., die einunddreißigste bis 1 Pfg., die zweiunddreißigste bis 1 Pfg., die dreiunddreißigste bis 1 Pfg., die vierunddreißigste bis 1 Pfg., die fünfunddreißigste bis 1 Pfg., die sechsunddreißigste bis 1 Pfg., die siebenunddreißigste bis 1 Pfg., die achtunddreißigste bis 1 Pfg., die neununddreißigste bis 1 Pfg., die vierzigste bis 1 Pfg., die einundvierzigste bis 1 Pfg., die zweiundvierzigste bis 1 Pfg., die dreiundvierzigste bis 1 Pfg., die vierundvierzigste bis 1 Pfg., die fünfundvierzigste bis 1 Pfg., die sechsundvierzigste bis 1 Pfg., die siebenundvierzigste bis 1 Pfg., die achtundvierzigste bis 1 Pfg., die neunundvierzigste bis 1 Pfg., die fünfzigste bis 1 Pfg., die einundfünfzigste bis 1 Pfg., die zweiundfünfzigste bis 1 Pfg., die dreiundfünfzigste bis 1 Pfg., die vierundfünfzigste bis 1 Pfg., die fünfundfünfzigste bis 1 Pfg., die sechsundfünfzigste bis 1 Pfg., die siebenundfünfzigste bis 1 Pfg., die achtundfünfzigste bis 1 Pfg., die neunundfünfzigste bis 1 Pfg., die sechzigste bis 1 Pfg., die einundsechzigste bis 1 Pfg., die zweiundsechzigste bis 1 Pfg., die dreiundsechzigste bis 1 Pfg., die vierundsechzigste bis 1 Pfg., die fünfundsechzigste bis 1 Pfg., die sechsundsechzigste bis 1 Pfg., die siebenundsechzigste bis 1 Pfg., die achtundsechzigste bis 1 Pfg., die neunundsechzigste bis 1 Pfg., die siebenzigste bis 1 Pfg., die einundsiebzigste bis 1 Pfg., die zweiundsiebzigste bis 1 Pfg., die dreiundsiebzigste bis 1 Pfg., die vierundsiebzigste bis 1 Pfg., die fünfundsiebzigste bis 1 Pfg., die sechsundsiebzigste bis 1 Pfg., die siebenundsiebzigste bis 1 Pfg., die achtundsiebzigste bis 1 Pfg., die neunundsiebzigste bis 1 Pfg., die achtzigste bis 1 Pfg., die einundachtzigste bis 1 Pfg., die zweiundachtzigste bis 1 Pfg., die dreiundachtzigste bis 1 Pfg., die vierundachtzigste bis 1 Pfg., die fünfundachtzigste bis 1 Pfg., die sechsundachtzigste bis 1 Pfg., die siebenundachtzigste bis 1 Pfg., die achtundachtzigste bis 1 Pfg., die neunundachtzigste bis 1 Pfg., die neunzigste bis 1 Pfg., die einundneunzigste bis 1 Pfg., die zweiundneunzigste bis 1 Pfg., die dreiundneunzigste bis 1 Pfg., die vierundneunzigste bis 1 Pfg., die fünfundneunzigste bis 1 Pfg., die sechsundneunzigste bis 1 Pfg., die siebenundneunzigste bis 1 Pfg., die achtundneunzigste bis 1 Pfg., die neunundneunzigste bis 1 Pfg., die hundertste bis 1 Pfg.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Zweites, Nachdruck) unzulässig. Unentgeltliche
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

In Erwartung kommunistischer Anreihen

Höchste Alarmbereitschaft der Berliner Schupo

Berlin, 4. März. (Eig. Drahtmeld.) Trotz aller Fehlschläge, die die kommunistische Partei in der letzten Zeit in Berlin und im Reich bei ihren Demonstrationen überall erlitten hat, soll der Moskauer Befehl am 6. März unter allen Umständen Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen, befolgt werden. Obwohl die Polizei gelegentlich der Durchsuchung im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin in den Besitz der kommunistischen Aufmarschpläne kam, lassen sich die Kommunisten sowohl in Berlin als auch im Reich nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Es sind inzwischen von der Leitung der KPD. und dem verbotenen Rotfrontkämpferbund

neue Geheimbefehle

ausgegeben worden, nach denen die Kundgebungen am 6. März durchgeführt werden sollen. Für Berlin rechnen die Kommunisten mit einer starken Beteiligung der Erwerbslosen. Nach dem Muster des 1. Februar, nach dem die Demonstration allerdings vollkommen mißlungen, soll auch diesmal verfahren werden. Wie am 1. Februar sollen sich die Demonstranten an vorher bestimmten Punkten sammeln, um dann

in großen Zügen die „Hungermärsche“ durch Berlin anzutreten.

Das Bestreben der Kommunisten geht dahin, ihre Anhänger und Mitläufer schon eine Stunde vor Arbeitschluss aus den Betrieben herauszuführen. Als Geheimparole ist der Grundriss ausgegeben worden: „Wir lassen uns nicht länger schlagen“, d. h. mit anderen Worten, es soll der Polizei, die ja nach dem noch immer bestehenden Demonstrationsverbot die Bildung von Demonstrationssägen nicht dulden darf, bei der Auflösung der Züge heftigster Widerstand entgegengesetzt werden. Es wird also, wenn die Kommunisten an dieser Parole festhalten, am 6. März unbedingt zu

größeren Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei

kommen. Die Leitung der Berliner Schutzpolizei ist der Ansicht, daß es bei dem ausgesprochenen Willen der Kommunisten, am 6. März unter allen Umständen auf die Straße zu gehen, zu Zusammenstößen kommen wird. Sie hat entsprechende Maßnahmen getroffen, und am 6. März wird sich die gesamte Berliner Schupo in höchster Alarmbereitschaft finden. Der Taktik der Kommunisten, plötzlich Demonstrationssägen zu bilden und damit nach dem Innern der Stadt die Hungermärsche anzutreten, will die Schupo dadurch begegnen, daß sie

zahlreiche Automobils-, Motorradfahrer- und berittene Streifen

einsetzt. Ob sich die Bildung von Demonstrationssägen in dem starken Verkehr der Berliner Innenstadt verhindern lassen wird, ist allerdings noch fraglich. Immerhin dürften derartige Züge aber kaum mehr als ein paar hundert Mann stark werden, da die Polizei dann inzwischen benachrichtigt worden ist und eingesetzt werden kann. Auch mit der Teilnahme großer Massen von Erwerbslosen wird bei der Polizei gerechnet. Es besteht aber die Hoffnung, daß es nirgends zu größeren Ausschreitungen kommen wird, weil, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Kommunisten, die auch nur zu einem ganz geringen Teil über Schußwaffen verfügen, vor einem entschlossenen Vorgehen der Polizei doch zurückweichen. Die

Berliner Polizei wird bestrebt sein, Kundgebungen schon im Keime zu ersticken, damit nicht erst durch Ansammlungen größere Massen angelockt werden, deren Zerstreuung nachher nicht ohne Anwendung von ziemlicher Gewalt möglich ist. Im großen und ganzen sieht aber die Polizei dem 6. März ruhig entgegen.

Uebrigens sind in diesen Tagen in den Betrieben wieder kommunistische Flugblätter und Handzettel verteilt worden, in denen es heißt, daß nach der schwachen Beteiligung am 1. Februar diesmal nicht nur die organisierten Kommunisten, sondern auch die „Sympathisierenden“ auf die Straße gebracht werden müßten, um nach Möglichkeit starke Demonstrationssägen formieren zu können. Die einzelnen Funktionäre hatten außerdem von der Zentrale aus Weisung erhalten, an den Spielabenden und bei den sonstigen Zusammenkünften darauf zu dringen, daß

auch Frauen sich an den Unternehmungen am 6. März beteiligen sollen.

Diese Absichten der kommunistischen Parteileitung sind jedoch schon jetzt auf ziemlich erheblichen Widerstand gestoßen. Wie bekannt ist, haben etwa 50 bekannte Funktionäre der kommunistischen Partei vor einigen Tagen sich von der Zentralkommission getrennt und in einem Flugblatt

vor der in letzter Zeit eingeklagten Politik der Zentrale gewarnt.

Diese Gruppe, die auch einen erheblichen Teil der Berliner Arbeiterschaft hinter sich hat, hat nun in den Betrieben vor einer Beteiligung am 6. März gewarnt und erklärt, daß ihre Anhänger auf keinen Fall sich an Kundgebungen oder Umzügen beteiligen würden, da nach ihrer Ansicht das Vorgehen der KPD-Zentrale sinnlos sei und mit einem neuen Mißerfolg enden müsse.

Die Funktionäre, die sich jetzt mit ihren Anhängern von der KPD. losgesagt haben, wollen morgen eine Zusammenkunft abhalten, in der auch öffentlich davor gewarnt werden soll, die Aktion am Donnerstag mitzumachen. Es bleibt abzuwarten, ob es angesichts dieses nicht zu unterschätzenden Widerstandes eines nicht unerheblichen Teiles der Arbeiterschaft den Kommunisten gelingen wird, die ausgegebenen Parolen zur Durchführung zu bringen.

Umzugsverbot in Bayern

München, 4. März. Die Kommunisten hatten für den 6. März auch in Bayern in allen größeren Städten öffentliche Umzüge anlässlich des kommunistischen Kampftages geplant. Außerdem waren anlässlich des Gewerkschaftskongresses am 9. März kommunistische Veranstaltungen vorgesehen.

Die Polizeidirektion München hat alle diese geplanten Demonstrationen und Kundgebungen sowohl für den 6. März als auch für den 9. März unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen in der Reichsverfassung verboten.

Wie gemeldet, ist gegen den leitenden Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“, Schwab, von der Reichsanwaltschaft in mehreren Fällen ein Hochverratsverfahren anhängig gemacht worden. Nun wurde auch der Redakteur Böhm wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Am Montag früh verhafteten ferner Beamte der politischen Polizei den Redakteur Dohrenadl mit der Begründung, an den Giesinger Vorkommnissen beteiligt gewesen zu sein.

Der Berliner Propst darf die Kirchenfahne hissen

Das Urteil des Kammergerichts

Berlin, 4. März. In dem bekannten Flaggenprozeß der Stadt Berlin gegen den evangelischen Propst Dr. Dandlitz vor dem Kammergericht fiel das Urteil auch in der heutigen Berufungsverhandlung gegen die Stadt Berlin aus. Es wurde anerkannt, daß auf Grund des Benefizialrechtes dem Propst das Dienstgebäude zustehe und daß

die Stadt Berlin dem Propst keinerlei Vorschriften über die Art des Flaggens machen könne.

Auch ein Hauswirt könne nach dem geltenden Recht einem Mieter nicht vorschreiben, welche Fahne er etwa aus seiner Wohnung heraushängen solle.

Dieses Urteil ist von grundsätzlicher Bedeutung, da nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen anderen Städten die Stadtverwaltungen kirchlichen Gebäuden überlassen haben, ohne daß es allerdings an anderen Stellen bisher zu gerichtlichen Auseinandersetzungen über diese Flaggenfrage gekommen wäre. Sobald das Kammergericht den beiden Parteien die Urteilsgründe ausstellt, haben sich die Stadt Berlin und die Kirche, ob sie gegen das Urteil des Kammergerichts Revision beim Reichsgericht einlegt oder nicht.

Entlassungen in der Bombenuntersuchung

Berlin, 4. März. Nachdem die von der Strafkammer III des Landgerichts I Berlin festgesetzten Sicherheiten von 20 000 Mark und 10 000 Mark in Bürgschaftserklärungen bei einer Bank hinterlegt sind, wurden am Dienstag der Hofbesitzer Lühmann aus Gies und der Eisenbahnbeamte Ranneke aus Rottorf aus der Untersuchungshaft entlassen.

Gegen die von der Strafkammer erfolgte Ablehnung der bereits vom Untersuchungsrichter Dr. Kalur beschlossenen Haftentlassung des Pausbühnenführers Weschke hat der Verteidiger Dr. Vuetgebrune Beschwerde eingelegt. Das Kammergericht wird nunmehr über die Haftentlassung des Weschke zu befinden haben.

Die Vereidigung des neuen preussischen Innenministers.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde der neue preussische Minister des Innern, Prof. Dr. Baentje, in der Kabinettsitzung vom Dienstag, den 4. März, durch den Ministerpräsidenten Braun vereidigt. Ingleich erfolgte seine Ernennung zum Bevollmächtigten zum Reichsrat.

Zerfetzung

Ernte und gefährliche Symptome allenthalben. In der Wirtschaft die schärfste Krise, die uns seit 1924 betroffen hat. Die Ausblutung unseres Kapitalmarktes durch die Tributleistungen, die Hinsätze, die vielfach über der Rentabilität der Wirtschaft liegen und der durch die notleidende Landwirtschaft sich immer mehr verengende Binnenmarkt haben eine Arbeitslosenarmee von der noch nie erreichten Zahl von 23 Millionen geschaffen. An ihrer Revolutionierung arbeiten die Sendlinge Moskaus mit allen Mitteln der Skrupellosigkeit, in denen ihnen der russische Bolschewismus Vorbild ist. In den ersten warmen Frühlingstagen dieses Jahres sollen die erwerbslosen Massen, gelockt vom schönen Wetter, von den roten Agitatoren nach bereits festgelegten Plänen zu Demonstrationen und Aufruhr mißbraucht werden. Der Waffentraub in Leipzig und die Veruche dazu in anderen Städten sprechen Bände. Ebenso die unentwegten Zeretzungsversuche der Moskowiter in Reichswehr und Schupo, namentlich in Berlin.

Schlimmer aber noch als diese offenen Treibereien zu revolutionärem Umsturz muß das schleichende Gift des Kulturbolschewismus gewertet werden, mit dem ein Kreis anarchistischer Intellektueller systematisch alle deutschen Kulturgüter zu zerstören sucht, um die Widerstandskraft des Bürgertums gegen die rote Flut zu lähmen. Ehe, Kirche, Religion, die Autorität der Eltern und der Schule, das alles wird in der letzten Zeit mehr denn je mit Spott und Hohn oder mit offener Mißachtung abgetan. Als erschreckendstes Beispiel wird in diesen Kreisen immer wieder Rußland gerühmt. Der bekannte Aufklärer Magnus Ehrlich propagiert in seiner Zeitschrift offen die Aufhebung der Ehe wie in Rußland als einen durchaus erntebaren Fortschritt. Und die Folgen dieser Propaganda? Haben sie nicht bereits unter Aufsichtnahme des modernen Zeittheaters eine Verwirrung aller Begriffe von Anstand und Sitte hervorgerufen.

Wie die Ehe, kann heute auch die Religion ungefährdet herabgesetzt werden. In Spandau veranstalteten jüngst die Freidenker Umzüge mit drei von Traktoren gezogenen Lastzügen, auf denen Pfarrer als Diebe, Räuber, Betrüger und Ausbeuter dargestellt wurden. Eine Karikatur des Papstes schrie in die Menge: „Die Welt muß dumm bleiben!“ Ein Pfarrer melkte eine Kuh, die ein Bauer füttert, und ähnliche Geschwätzigkeiten mehr. Unterscheiden sich diese Umzüge noch in etwas von den russischen Vorbildern, die man in Moskau im Fasching zu veranlassen pflegt? Der Prozeß um die gotteslästerlichen Zeichnungen des in allen Zeitungen der Linken hochgerühmten George Grosz, der nun schon anderthalb Jahre läuft, charakterisiert ebenfalls die Situation. In Leipzig wurde dieser Tage das freisprechende Urteil über seine Christuskarikatur mit Gasmaske und Kommunistiefel aufgehoben. Es war die höchste Zeit, denn unterdessen war diese bolschewistische Tendenz bereits als Plastik in einer kommunistischen Ausstellung abermals der Öffentlichkeit in noch krasserer Form zugänglich gemacht worden. Hoffentlich schafft der endgültige Spruch des Gerichts dem sittlichen und religiösen Empfinden unseres Volkes volle Genugtuung und lehrt Leute von ähnlicher Einstellung, daß ein Unterschied zwischen berechtigter Kritik und gewöhnlicher Beschimpfung besteht, und daß das Gefühl für das Heilige auch heute noch in Deutschland nicht ungestraft verletzt werden darf.

Wie im öffentlichen Leben unseres Vaterlandes, so macht sich auch in den Schulen der Kulturbolschewismus mit seinem Haß gegen die bürgerlichen Institutionen der Familie und der elterlichen Autorität immer mehr breit. Auch hierbei zeigt es sich, daß diese Gesinnung nicht nur von Kommunisten verbreitet wird. Sie hat vielmehr ihre Vorläufer in sozialistischen und intellektualistischen Kreisen, führt aber in ihren letzten Konsequenzen zwangsläufig zum Bolschewismus. So schreibt der sozialistische „Freidenker“ in seiner letzten erschienenen Märznummer: „Wir Sozialisten, die wir Könige und Kaiser und selbst die Autorität des Gottes gestürzt haben, wir können unseren Kindern gegenüber nicht unsere eigene Autorität aufrichten. Unsere Kinder sollen keine Autorität haben!... Statt Vater und Mutter sollen sie lieber zu ihren Eltern Kurt und Stefal sagen!“ Folgerichtig ergänzt diese sozialistische Auffassung das kommunistische Blatt „Das proletarische Kind“, wenn es schreibt: „Wir lehnen die bürgerliche Familie kritisch ab und nehmen in unserem Kampfe keine Rücksichten, ganz gleich, ob die bürgerliche Familie zerstört wird oder nicht. Wir sind auch gegen die bürgerliche Vernunftschule, und falsch ist der Standpunkt, daß es in erster Linie darauf ankommt, den Kindern eine gute Erziehung zu geben. Die Kirchen sollen in ein Haus für Volksbildungszwecke und Sport umgewandelt oder als Verkehrshindernis eingestrichelt werden.“

Alle diese kulturzeretzenden Strömungen der Gegenwart haben eine Quelle, den Kreis extrem linksgerichteter Intellektueller, die sich in der „Liga für Menschenrechte“ zusammengefunden haben. Ein Tucholsky, der, weil er von der Linken kommt, mit seinem antichristlichen Spott neben allen deutschen Kulturgütern sogar die Republik verlästern darf, ein Fr. W. G. F. R. e. r., der den französischen „Militarismus“